

AGB-Recht

Stoffels

5. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-81181-4
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

NJW Praxis

Im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 11



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

AGB-Recht

von

Dr. Markus Stoffels

o. Professor an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

5., neubearbeitete Auflage 2024


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



C.H. BECK

Zitierweise: Stoffels AGB-R Rn. ...

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN 978 3 406 81181 4

© 2024 Verlag C. H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz und Umschlag: Druckerei C. H. Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Für Dana


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 5. Auflage

Das gesamte Werk ist unter Auswertung von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Schrifttum gründlich überarbeitet und aktualisiert worden. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Lehrstuhls für tatkräftige Unterstützung.

Das Manuskript wurde im Mai 2024 geschlossen. Danach erschienene Beiträge und veröffentlichte Entscheidungen konnten noch vereinzelt berücksichtigt werden.

Kritik und Anregungen aus dem Kreise der Leserschaft sind stets willkommen.

Heidelberg, im Juli 2024

Markus Stoffels, Universität Heidelberg
Friedrich-Ebert-Anlage 6–10, 69117 Heidelberg
E-Mail: stoffels@jurs.uni-heidelberg.de

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)

Das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen gehört zu den praktisch bedeutendsten und privatrechtsdogmatisch interessantesten Materien des Vertragsrechts. Das Buch soll eine Einführung in dieses Rechtsgebiet bieten. Hierfür bedarf es zunächst in einem ersten Teil der Verdeutlichung der Grundstrukturen des AGB-Rechts. Die Darstellung orientiert sich insoweit am Prüfungsgang der AGB-Kontrolle. Der zweite Teil versucht – praxisgerecht – Problemfelder der Inhaltskontrolle aufzuarbeiten. Die Anordnung folgt hier der Chronologie des Vertrages von den Vertragsschlusserklärungen bis zur Vertragsabwicklung. Das Buch wird beschlossen durch einen gedrängten Überblick über das Verbandsklageverfahren nach dem Unterlassungsklagengesetz (dritter Teil).

Wichtig erschienen mir vor allem die Einbindung des AGB-Rechts in das allgemeine Vertragsrecht und die Berücksichtigung des europäischen Gemeinschaftsrechts in Gestalt der Richtlinie über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen. Zu berücksichtigen waren ferner die im Zuge der Schuldrechtsmodernisierung vorgenommenen Änderungen, die sich nicht auf eine bloße Standortverlagerung beschränken. Hier ist vor allem die (teilweise) Streichung der Bereichsausnahme für das Arbeitsrecht zu nennen.



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 5. Auflage	VII
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV

Erster Teil. Allgemeiner Teil des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Erster Abschnitt. Grundlagen	1
Zweiter Abschnitt. Anwendungsbereich der §§ 305 ff. BGB	47
Dritter Abschnitt. Einbeziehung in den Vertrag	108
Vierter Abschnitt. Auslegung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	147
Fünfter Abschnitt. Inhaltskontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen	159
Sechster Abschnitt. Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit – § 306 BGB	275

Zweiter Teil. Ausgewählte Problemfelder der Inhaltskontrolle

Erster Abschnitt. Erklärungen der Vertragsparteien	307
Zweiter Abschnitt. Vertragsschluss	323
Dritter Abschnitt. Vertragsinhalt	332
Vierter Abschnitt. Leistungsstörungen	385
Fünfter Abschnitt. Gewährleistungshaftung	401
Sechster Abschnitt. Haftung	417
Siebter Abschnitt. Vertragsabwicklung	427
Achter Abschnitt. Sicherungsvereinbarungen	432
Neunter Abschnitt. Prozessbezogene Klauseln	442
Zehnter Abschnitt. Besondere Vertragstypen und besondere Klauseln	456
Elfter Abschnitt. AGB-Recht und Datenschutz	533

Dritter Teil. Das Verbandsklageverfahren

Erster Abschnitt. Allgemeines zur Verfahrensregelung	537
Zweiter Abschnitt. Der Unterlassungs- und Widerrufsanspruch	542
Dritter Abschnitt. Verfahrensrechtliche Aspekte der Anspruchsdurchsetzung	553
Anhang	569
Sachverzeichnis	571



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil. Allgemeiner Teil des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Erster Abschnitt. Grundlagen	1
§ 1. Einführung	1
I. Bedeutung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	1
II. Schrifttum zum Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	2
§ 2. Entwicklung bis zum AGB-Gesetz	4
I. Allgemeine Geschäftsbedingungen als Folgeerscheinung der technischen und wirtschaftlichen Expansion im 19. Jahrhundert	4
II. Erste Ansätze im Schrifttum	5
III. Die Rechtsprechung vor Inkrafttreten des AGB-Gesetzes	6
IV. Das AGB-Gesetz vom 9.12.1976	9
§ 3. Klauselrichtlinie, Schuldrechtsmodernisierung und neuere Entwicklungen	12
I. Die AGB-Novelle von 1996 und ihre Vorgeschichte	12
II. Integration des AGB-Rechts in das BGB durch das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz	20
III. Perspektivenwechsel für die AGB-Kontrolle von Kaufverträgen im unternehmerischen Verkehr?	23
IV. Neuere Entwicklungen nach der Schuldrechtsmodernisierung	24
§ 4. Positive Funktionen und negative Begleiterscheinungen Allgemeiner Geschäftsbedingungen	31
I. Rationalisierungs- und Typisierungsfunktion	31
II. Gefahr unangemessener Risikoabwälzung zulasten der Kunden	32
§ 5. Wertungsgrundlagen des AGB-Rechts	34
I. Legitimation der Kontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen	34
II. Schutzzweck des Gesetzes	39
III. Schutz vor Umgehungen – § 306a BGB	41
IV. Geltungsgrund der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	44
Zweiter Abschnitt. Anwendungsbereich der §§ 305 ff. BGB	47
§ 6. Sachlicher Anwendungsbereich	47
I. Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingungen – § 305 Abs. 1 BGB	47
II. Ausnahmen vom sachlichen Anwendungsbereich – § 310 Abs. 4 BGB	68
§ 7. Persönlicher Anwendungsbereich	83
I. Einschränkungen in Bezug auf unternehmerische und öffentlich-rechtliche Kunden – § 310 Abs. 1 BGB	83
II. Der persönliche Anwendungsbereich des § 310 Abs. 3 BGB	86
III. Zusammenfassender Überblick	89

§ 8. Allgemeine Geschäftsbedingungen im internationalen Rechtsverkehr	89
I. Der internationalprivatrechtliche Schutz des AGB-Kunden	89
II. Wirksamkeit von Rechtswahlklauseln in Allgemeinen Geschäftsbedingungen	100
III. AGB-Recht und UN-Kaufrecht (CISG)	104
IV. AGB-Regeln in den Einheitsrechtsprojekten	106
Dritter Abschnitt. Einbeziehung in den Vertrag	108
§ 9. Einbeziehungsvereinbarung oder Rahmenvereinbarung – § 305 Abs. 2 und 3 BGB	108
I. Allgemeines	108
II. Einbeziehungsvereinbarung – § 305 Abs. 2 BGB	111
III. Einbeziehung unter erleichterten Voraussetzungen	119
IV. Rahmenvereinbarung – § 305 Abs. 3 BGB	124
V. Das Problem kollidierender Allgemeiner Geschäftsbedingungen	125
§ 10. Ausschluss überraschender Klauseln – § 305c Abs. 1 BGB	131
I. Allgemeines	131
II. § 305c Abs. 1 BGB im System der AGB-Kontrolle	133
III. Die tatbestandlichen Voraussetzungen	135
IV. Fallgruppen	137
§ 11. Vorrang der Individualabrede – § 305b BGB	140
I. Regelungsanliegen und Dogmatik des Vorrangprinzips	140
II. Voraussetzungen des Vorrangs	142
III. Rechtsfolgen des Vorrangs	143
IV. Problematik der Schriftformklauseln	144
Vierter Abschnitt. Auslegung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	147
§ 12. Grundsatz der objektiven Auslegung	147
I. Vorbemerkungen	147
II. Der objektive Auslegungsmaßstab	148
III. Die Auslegung von Klauseln in Verbraucherverträgen	151
IV. Revisibilität der Auslegung	151
§ 13. Besondere Auslegungsregeln	152
I. Unklarheitenregel – § 305c Abs. 2 BGB	152
II. Restriktionsprinzip?	157
III. Individualvertragskonforme Auslegung?	158
Fünfter Abschnitt. Inhaltskontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen	159
§ 14. Grundlagen der Inhaltskontrolle	159
I. Die Stellung der §§ 307 bis 309 BGB im Vertragsrecht	159
II. Gesetzliche Sonderformen der Kontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen ..	165
III. Notarielle Inhaltskontrolle	172
IV. Inhaltskontrolle durch das Grundbuchamt	172
V. Bußgeld	173
§ 15. Schranken der Inhaltskontrolle – § 307 Abs. 3 BGB	174
I. Allgemeines	174
II. Zum Normverständnis des § 307 Abs. 3 BGB	175
III. Transparenz als Vorbedingung der Kontrollfreiheit	178
IV. Deklaratorische Klauseln	179
V. Festlegung der Hauptleistungspflichten	183

§ 16. Die Generalklausel – § 307 BGB	197
I. Grundlagen der Inhaltskontrolle	198
II. Bedeutung und Funktion des § 307 Abs. 1 und 2 BGB	200
III. Unangemessene Benachteiligung	200
IV. Die Regelung des § 307 Abs. 2 BGB	215
V. Der verbleibende Anwendungsbereich des § 307 Abs. 1 S. 1 BGB	252
VI. Anwendung der Generalklausel im unternehmerischen Geschäftsverkehr	253
§ 17. Das Transparenzgebot – § 305 Abs. 1 S. 2 BGB	260
I. Grundlagen	261
II. Beurteilungsmaßstab	264
III. Einzelausprägungen	265
IV. Grenzen der Transparenzanforderungen	268
V. Rechtsfolgen der Intransparenz	270
§ 18. Besondere Klauselverbote	270
I. Allgemeines	270
II. Klauselkataloge und Generalklausel	271
III. Das Konzept der §§ 308 und 309 BGB	272
IV. Anhang der EG-Richtlinie	273
V. Eingeschränkte Inhaltskontrolle im Bereich der Versorgungsverträge – § 310 Abs. 2 BGB	274
Sechster Abschnitt. Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit – § 306 BGB ..	275
§ 19. Grundsatz des Fortbestandes des Vertrages im Übrigen – § 306 Abs. 1 BGB	276
I. Regelungsanliegen und Anwendungsbereich des § 306 Abs. 1 BGB	276
II. Voraussetzungen der Aufrechterhaltung des Restgeschäfts	277
§ 20. Der Inhalt des wirksam gebliebenen Vertrages	280
I. Ersatzloser Wegfall einzelner AGB-Bestimmungen	280
II. Das Problem der geltungserhaltenden Reduktion	281
III. Dispositives Recht als Regelerersatzordnung – § 306 Abs. 2 BGB	289
IV. Ergänzende Vertragsauslegung	291
V. Vertragliche Vorsorge	299
§ 21. Unwirksamkeit des Vertrages als Ausnahme – § 306 Abs. 3 BGB	302
I. Einordnung der Vorschrift des § 306 Abs. 3 BGB	302
II. Anwendungsfälle des § 306 Abs. 3 BGB	304
III. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	304
§ 22. Schadensersatzpflicht des Verwenders AGB-gesetzwidriger Klauseln	304
I. Grundlage eines Schadensersatzanspruchs	305
II. Voraussetzungen der Haftung	305
III. Umfang der Haftung	306

Zweiter Teil. Ausgewählte Problemfelder der Inhaltskontrolle

Erster Abschnitt. Erklärungen der Vertragsparteien	307
§ 23. Fingierte Erklärungen – § 308 Nr. 5 BGB	307
I. Ausgangslage und Regelungsanliegen des § 308 Nr. 5 BGB	307
II. Anwendbarkeit und Inhalt der Vorschrift	308
III. Rechtsfolge des Fehlens einer der Voraussetzungen	312
IV. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	312

§ 24. Zugangsfiktionen – § 308 Nr. 6 BGB	313
I. Ausgangslage und Regelungsanliegen des § 308 Nr. 6 BGB	313
II. Inhalt des Verbots	314
III. Rechtsfolgen eines Verstoßes	315
IV. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	316
§ 25. Formerschwerungen – § 309 Nr. 13 BGB	316
I. Allgemeines, Zweck des § 309 Nr. 13 BGB	316
II. Inhalt des Verbots	316
III. Rechtsfolgen eines Verstoßes	318
IV. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	318
§ 26. Tatsachenbestätigungen – § 309 Nr. 12 BGB	319
I. Allgemeines und Normzweck des § 309 Nr. 12 Buchst. b BGB	319
II. Umfang des Verbots	319
III. Rechtsfolgen eines Verstoßes	322
IV. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	322
Zweiter Abschnitt. Vertragsschluss	323
§ 27. Bindung an das Vertragsangebot – § 308 Nr. 1 BGB	323
I. Gesetzliche Ausgangslage und Regelungsanliegen des § 308 Nr. 1 Halbsatz 1 Var. 1 BGB	323
II. Anwendungsbereich und Inhalt des Klauselverbots	324
III. Rechtsfolgen eines Verstoßes	328
IV. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	328
§ 28. Haftung des Abschlussvertreters – § 309 Nr. 11 BGB	329
I. Allgemeines	329
II. Regelungsbereich des § 309 Nr. 11 BGB	330
III. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	332
Dritter Abschnitt. Vertragsinhalt	332
§ 29. Laufzeit und Kündigung des Vertrages – § 309 Nr. 9 BGB	332
I. Das Klauselverbot des § 309 Nr. 9 BGB	333
II. Inhaltskontrolle auf der Grundlage des § 307 BGB	339
§ 30. Änderungen der Rechtszuständigkeit	341
I. Wechsel des Vertragspartners – § 309 Nr. 10 BGB	341
II. Abtretungsverbote – § 308 Nr. 9 BGB	345
§ 31. Leistungspflicht des Verwenders	348
I. Leistungsfristen – § 308 Nr. 1 Halbsatz 1 Var. 2 BGB	348
II. Zahlungs-, Überprüfungs- und Abnahmefristen – § 308 Nr. 1a und Nr. 1b BGB	352
III. Vorbehaltenes Lösungsrecht – § 308 Nr. 3 und § 308 Nr. 8 BGB	353
IV. Änderungsvorbehalt – § 308 Nr. 4 BGB	359
V. Kurzfristige Preiserhöhungen – § 309 Nr. 1 BGB	364
§ 32. Gegenrechte des Kunden	374
I. Leistungsverweigerungsrechte – § 309 Nr. 2 BGB	374
II. Aufrechnung – § 309 Nr. 3 BGB	381
Vierter Abschnitt. Leistungsstörungen	385
§ 33. Pflichtverletzungen des Verwenders	385
I. Vorbehalt einer Nachfrist – § 308 Nr. 2 BGB	385
II. Ausschluss des Rechts, sich vom Vertrag zu lösen – § 309 Nr. 8 Buchst. a BGB	388

§ 34. Leistungsverzug des Kunden – § 309 Nr. 4 BGB	389
I. Allgemeines, Zweck des § 309 Nr. 4 BGB	389
II. Inhalt des Klauselverbots	390
III. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	391
§ 35. Sanktionsvereinbarungen	392
I. Vorkommen in der Praxis	392
II. Pauschalierung von Schadensersatzansprüchen – § 309 Nr. 5 BGB	392
III. Vertragsstrafe – § 309 Nr. 6 BGB	395
Fünfter Abschnitt. Gewährleistungshaftung	401
§ 36. Die Gewährleistung für fehlerhafte Sachen und Leistungen – § 309 Nr. 8 Buchst. b BGB	401
I. Allgemeines	402
II. Der sachliche Anwendungsbereich des § 309 Nr. 8 Buchst. b BGB	403
III. Ausschluss und Verweisung auf Dritte	404
IV. Anspruch auf Nacherfüllung	406
V. Ausschlussfrist für Mängelanzeige	409
VI. Erleichterung der Verjährung	410
VII. Gewährleistungsklauseln bei Lieferung gebrauchter Sachen	411
VIII. Gewährleistungsklauseln im unternehmerischen Geschäftsverkehr	413
IX. Garantiebedingungen	415
X. Gewährleistungsfreizeichnung in Kunstauktions-AGB	416
Sechster Abschnitt. Haftung	417
§ 37. Haftungsfreizeichnungen und -beschränkungen – § 309 Nr. 7 BGB	417
I. Die Klauselverbote des § 309 Nr. 7 BGB	418
II. Haftung für einfache Fahrlässigkeit im nichtunternehmerischen Verkehr	421
III. Haftung im unternehmerischen Verkehr	423
IV. Rechtsfolgen eines Verstoßes	425
V. Sonderregelungen im Recht der freien Berufe	425
VI. Sonderregelungen im Transportrecht	426
Siebter Abschnitt. Vertragsabwicklung	427
§ 38. Zahlungspflichten bei Beendigung des Vertragsverhältnisses – § 308 Nr. 7 BGB	427
I. Regelungsanliegen des § 308 Nr. 7 BGB	427
II. Der Verbotstatbestand des § 308 Nr. 7 BGB im Einzelnen	428
III. Verhältnis zu anderen Vorschriften	431
IV. Folge der Unwirksamkeit	431
V. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	432
Achter Abschnitt. Sicherungsvereinbarungen	432
§ 39. Eigentumsvorbehalt	433
I. Einfacher Eigentumsvorbehalt	433
II. Erweiterter Eigentumsvorbehalt	435
III. Verlängerter Eigentumsvorbehalt	436
§ 40. Globalsicherheiten	437
I. Freigaberegulungen	438
II. Deckungsgrenze und Bewertung der Sicherheiten	439
§ 41. Abschlagszahlungen und Sicherheitsleistungen – § 309 Nr. 15 BGB	440
I. Interessenslage und Regelungsumfeld	440
II. Die Klauselverbote des § 309 Nr. 15 BGB	440

Neunter Abschnitt. Prozessbezogene Klauseln	442
§ 42. Beweislastvereinbarungen – § 309 Nr. 12 BGB	442
I. Allgemeines und Normzweck des § 309 Nr. 12 BGB	442
II. Voraussetzungen und Umfang des Verbots	443
III. Rechtsfolgen eines Verstoßes	446
IV. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	446
§ 43. Klageverzichtsvereinbarungen – § 309 Nr. 14 BGB	447
I. Europarechtliche Vorgaben	447
II. Reichweite des § 309 Nr. 14 BGB	448
§ 44. Gerichtsstands- und Schiedsvereinbarungen	448
I. Gerichtsstandsvereinbarungen	448
II. Schiedsvereinbarungen	454
Zehnter Abschnitt. Besondere Vertragstypen und besondere Klauseln	456
§ 45. Mietvertragsklauseln	459
I. Allgemeines	459
II. Klauseln betreffend den Gebrauch der Wohnung	460
III. Klauseln betreffend die Instandhaltung der Wohnung	463
IV. Klauseln betreffend Gewährleistung und Haftung des Vermieters	472
V. Klauseln betreffend die Vertragsbeendigung und die Rückgabe der Wohnung	472
§ 46. Arbeitsvertragsklauseln	473
I. Vorbemerkung	474
II. Arbeitsmittel	475
III. Arbeitszeitregelungen	475
IV. Aufhebungsverträge	478
V. Ausgleichsquittungen und Verzichtvereinbarungen	478
VI. Ausschlussfristen	479
VII. Betriebliche Altersversorgung	486
VIII. Bezugnahmeklauseln	487
IX. Direktionsrechtsklauseln	491
X. Entgeltabreden	494
XI. Flexibilisierungsklauseln im Hinblick auf Arbeitgeberleistungen	497
XII. Freistellungsklauseln	508
XIII. Haftungsabreden	509
XIV. Kündigungsklauseln	513
XV. Rückzahlungsklauseln	513
XVI. Schriftformklauseln	518
XVII. Stichtagsregelungen	519
XVIII. Urlaubsabreden	521
XIX. Vertragsstrafenvereinbarungen	522
XX. Wettbewerbsverbote	527
XXI. Zielvereinbarungen	530
Elfter Abschnitt. AGB-Recht und Datenschutz	533
§ 47. Datenschutzklauseln	533
I. Das Zusammenspiel von Datenschutzrecht und AGB-Recht	533
II. Die datenschutzrechtliche Einwilligung	534
III. Daten als Gegenleistung	535
IV. Datenschutzinformationen	536

Dritter Teil. Das Verbandsklageverfahren

Erster Abschnitt. Allgemeines zur Verfahrensregelung	537
§ 48. Das Unterlassungsklagengesetz und die Unterlassungsklagenrichtlinie 2009/22/EG ..	537
I. Das Regelungsmodell des Unterlassungsklagengesetzes	537
II. Einflüsse des sekundären Unionsrechts	539
§ 49. Rechtspolitische Bewertung	540
I. Die Entscheidung für ein abstraktes gerichtliches Prüfungsverfahren	540
II. Die Schaffung des Unterlassungsklagengesetzes	542
III. Perspektiven der Verbandsklage	542
Zweiter Abschnitt. Der Unterlassungs- und Widerrufsanspruch	542
§ 50. Voraussetzungen, Inhalt und Rechtsnatur der Ansprüche – § 1 UKlaG	542
I. Unterlassungsanspruch gegen den Verwender	543
II. Unterlassungs- und Widerrufsanspruch gegen den Empfehler	547
III. Rechtsnatur des Unterlassungs- und Widerrufsanspruchs	548
IV. Auskunftsanspruch nach § 13 UKlaG	549
V. Verjährung der Ansprüche	549
VI. Missbräuchliche Geltendmachung	549
§ 51. Anspruchsberechtigte Stellen – §§ 3 und 4 UKlaG	550
I. Qualifizierte Verbraucherverbände	550
II. Qualifizierte Wirtschaftsverbände	551
III. Berufsständische Körperschaften	552
IV. Zession der Ansprüche	553
Dritter Abschnitt. Verfahrensrechtliche Aspekte der Anspruchsdurchsetzung	553
§ 52. Vorprozessuale Abmahnung	553
I. Funktion der Abmahnung	553
II. Inhalt der Abmahnung	553
III. Kostenerstattung	555
§ 53. Einstweilige Verfügung	555
I. Allgemeines	555
II. Voraussetzungen	556
III. Verfahren	557
§ 54. Klageverfahren	557
I. Ausschließliche Zuständigkeit des Oberlandesgerichts – § 6 UKlaG	557
II. Anhörungen von Behörden – § 8 Abs. 2 UKlaG	559
III. Streitwert	561
IV. Klageantrag und Urteilsformel im Verbandsklageverfahren	562
V. Kosten	564
VI. Veröffentlichungsbefugnis – § 7 UKlaG	564
VII. Wirkungen des Urteils – § 11 UKlaG	564
VIII. „Vollstreckungsabwehrklage“ nach § 10 UKlaG	566
IX. Entscheidungsregister	567
Anhang	569
Sachverzeichnis	571



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG